

Einfache Anfrage SVP-Fraktion vom 27. Oktober 2014

Bauberechnung der FHS St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 2. Dezember 2014

Die SVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Einfachen Anfrage vom 27. Oktober 2014 nach dem Stand der Bauberechnung für den Neubau der Fachhochschule St.Gallen (FHS), nachdem vor knapp zwei Jahren der Betrieb im Fachhochschulzentrum aufgenommen wurde. Insbesondere möchte sie von der Regierung Auskunft über die definitive Kostenhöhe des Bauwerks und über allfällige Kostenprobleme, die im Zusammenhang mit technischen Schwierigkeiten in der Bauabwicklung standen. Zudem möchte die SVP-Fraktion wissen, ob es Probleme bei der Ausführung mit Planern und Unternehmern gegeben hat und ob daraus juristische Verfahren resultierten. Schliesslich fragt sich die SVP-Fraktion, ob allenfalls Fakten über das Neubauvorhaben FHS unter Verschluss gehalten werden, bis die St.Galler Bevölkerung Ende November 2014 über noch weitaus grössere Bauinvestitionen abgestimmt hat.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Das Fachhochschulzentrum in St.Gallen wurde unter grossem Zeitdruck Ende Dezember 2012 fertig gestellt, damit die FHS St.Gallen am 18. Februar 2013 den Lehrbetrieb im neuen Gebäude aufnehmen konnte. Auf Verlangen des Hochschulrates erfolgte der ursprünglich auf Sommer 2013 geplante Bezug somit bereits rund fünf Monate früher. Diese frühzeitige Inbetriebnahme hatte direkt zur Folge, dass sämtliche Kräfte für die Fertigstellung des Neubauvorhabens eingesetzt werden mussten und dass die administrativen Aufwendungen für die Bauberechnung erst später in Angriff genommen werden konnten.

Über den prognostizierten Kostenstand während den Bauarbeiten wurde der Kantonsrat letztmals am 5. Juli 2011 im Rahmen der Beantwortung der Interpellation «Neubau Fachhochschule St.Gallen» der SVP-Fraktion vom 27. April 2011 (51.11.29) informiert.

Der Kostenstand per 21. November 2014 (Schweizer Baupreisindex vom 1. Oktober 2012, Teilindex Hochbau, Schweiz: 125,0 Punkte) lässt für das Teilobjekt der Fachhochschule Endkosten von rund 95'500'000 Franken erwarten. Damit wird der Kostenvoranschlag aktuell um rund 1,4 Mio. Franken unterschritten. Die Indexteuerung auf den Kostenvoranschlag beträgt seit Oktober 2006 rund 6,17 Mio. Franken und wird aktuell nicht beansprucht.

Der Fahrplan zur Erstellung der definitiven Bauberechnung sieht aus heutiger Sicht wie folgt aus: Bis Ende 2014 wird eine Kostenzusammenstellung samt Planunterlagen dem Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) eingereicht. Für die Prüfung der eingereichten Unterlagen und die definitive Festlegung der Höhe des Bundesbeitrags durch das SBFI muss im Minimum mit einem Zeitbedarf von rund einem halben Jahr gerechnet werden.

Nach Bekanntgabe der definitiven Beitragshöhe durch den Bund – es wird mit rund 24 Mio. Franken gerechnet – ist die definitive Bauberechnung den Regierungen der Trägerkantone Thurgau, Appenzell Ausserrhoden und Appenzell Innerrhoden zur Genehmigung vorzulegen. Es darf davon ausgegangen werden, dass sämtliche Zustimmungen bis Ende 2015 vorliegen. Gleichzeitig erfolgt die Prüfung der Bauberechnung durch die kantonale Finanzkontrolle. Der Prüfbericht wird auf Mitte 2016 erwartet.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Nach Abschluss von Bauarbeiten dieser Grössenordnung ist es nicht aussergewöhnlich, dass bei einzelnen Gewerken viel Zeit für die Erarbeitung der Schlussabrechnungen mit den am Bau beteiligten Unternehmen benötigt wird, da es in der Regel um grosse Geldbeträge für alle Beteiligten geht. Jede durch die Schlussabrechnung mit einem Unternehmen ermittelte Forderung wird erst fällig, wenn kumulativ folgende drei Voraussetzungen erfüllt sind:
 - Die Sicherheitsleistung des Unternehmens für die Haftung wegen Mängeln liegt vor;
 - allfällige Revisionspläne und Betriebsanleitungen sind durch das Unternehmen eingereicht und das Betriebspersonal wurde – soweit vorgesehen – eingeführt;
 - die von der Bauleitung korrigierte Schlussabrechnung ist durch den Auftragnehmer gegengezeichnet.

Die Beibringung der Unterlagen durch die Unternehmen dauert nicht selten mehrere Wochen und Monate. Erst bei Vorliegen sämtlicher Unterlagen erfolgt die Auslösung der Schlusszahlung durch den Auftraggeber.

Für die Erhebung von Anschlussgebühren und der Gebäudeschätzung benötigen die zuständigen Behörden zumindest das Vorliegen der provisorischen Bauabrechnung. Die Gebühren sind allesamt auch Bestandteil der Gesamtbauabrechnung. Die Festlegung und Erhebung dieser Gebühren erfolgt durch die zuständigen Behörden insbesondere bei Grossvorhaben wie der FHS ebenfalls erst Monate nach Bauabschluss. So erfolgte die Schlussabrechnung für den Perimeterbeitrag durch das Tiefbauamt der Stadt St.Gallen erst im Herbst dieses Jahres, nachdem sämtliche Rechnungen und die Höhe des Bundesbeitrags für die Strassen vorlagen.

Beim Neubau des Fachhochschulzentrums sind noch zwei gerichtliche Verfahren hinzugekommen, die ein Abschliessen der Bauabrechnung erschweren. Weitere Erläuterungen dazu finden sich unter Ziff. 4.

2. Bei einem Bauvorhaben in dieser Grössenordnung und Komplexität gibt es immer technische Probleme. In der vergleichsweise grossen Zeitdauer zwischen Projekterarbeitung definitiver Kreditgenehmigung wurden kostenwirksame Änderungen im Bereich der Brandschutzvorschriften für Hochhäuser sowie eine Anpassung der Norm SIA 380/1 «Thermische Energie im Hochbau» beschlossen, deren Berücksichtigung direkt zu Zusatzkosten für das Neubauvorhaben FHS führten. Weiter waren Auflagen aus der Baubewilligung zu berücksichtigen, die vor Baustart noch nicht bekannt waren. Während den Tiefbauarbeiten stellten die Beteiligten fest, dass die Baugrundverhältnisse weit schlechter waren als angenommen und die Foundation angepasst werden musste. Die Rohbauarbeiten sind über zwei Winter erfolgt, was die Bauverantwortlichen immer wieder vor erhebliche Herausforderungen stellte.

All diesen Problemen konnte im Planungs- und Bauprozess erfolgreich begegnet werden. Die Bauherrschaft hat zusammen mit dem Planungsteam und den Unternehmungen versucht, drohende Mehrkosten mit gezielten Massnahmen zu verhindern. Dank Anpassungen bei der Materialisierung (z.B. günstigere Bodenbeläge und Wandbeläge) und einem Wechsel auf andere Konstruktionsaufbauten (z.B. Wahl eines kostengünstigeren Dachaufbaus) resultierten massgebliche Einsparungen. Weiter führte die Umstellung auf Vorfabrikationen von einzelnen Bauteilen zu Vereinfachungen im Bauablauf und damit zu Zeit- und Kostenersparnis. Schliesslich durften auch zahlreiche Vergabeerfolge verbucht werden.

Stand heute entspricht die Endkostenprognose für das Neubauvorhaben FHS trotz den obigen Problemstellungen nach wie vor dem Kostenvoranschlag und es resultieren keine Mehrkosten. Dies ist ein Verdienst aller am Bau beteiligten Planer wie auch der verantwortlichen Vertreter der Bauherrschaft.

3. Wie bereits unter Ziff. 2 erwähnt, treten in einem Bauvorhaben, bei dem eine Vielzahl von Planern und ausführenden Unternehmungen über Jahre beauftragt wurden, immer wieder verschiedene Probleme auf. Bereits die Tatsache, dass sich die Bauherrschaft aus drei Partnern zusammensetzt, erforderte, dass von Beginn an die Verantwortlichkeiten und die Aufgaben optimal zugeteilt werden mussten, damit das Projekt möglichst erfolgreich abgewickelt werden konnte.

Die lange Planungs- und Bauzeit hatte auch zur Folge, dass verantwortliche Personen beauftragter Unternehmen während der Bauzeit wechselten oder gar beauftragte Unternehmungen sich neu konstituierten. Daraus resultierende Probleme konnten beim Neubau der FHS dank permanenter Einflussnahme der Bauleitung grösstenteils vermieden werden. Eine strikte Bauleitung in allen Bauphasen war auch zwingende Voraussetzung dafür, dass die Qualität der Leistungen der beauftragten Unternehmen grossmehrheitlich den Anforderungen entsprach und dass die Einhaltung der Termine bis zur Fertigstellung gewährleistet blieb, ja schlussendlich sogar übertroffen werden konnte. In vereinzelt Fällen ist es auch beim Neubau der FHS vorgekommen, dass Unternehmen nachträglich Mehraufwendungen geltend machen wollten, um bei der Offertstellung gemachte Fehlkalkulationen abzufangen.

Gesamthaft darf aber seitens des Auftraggebers festgestellt werden, dass beim Neubauvorhaben FHS mit Ausnahme der unter Ziff. 4 aufgeführten Einzelfälle keine ausserordentlichen Probleme entstanden sind, die eine namentliche Erwähnung im Rahmen der Beantwortung dieser Einfachen Anfrage rechtfertigen würden.

4. Im Rahmen des Neubauvorhabens FHS sind durch zwei Bauunternehmungen rechtliche Schritte gegen den Kanton St.Gallen als Bauherr eingeleitet worden. Konkret geht es um eine Dachdeckerunternehmung, die ohne Zustimmung der Bauherrschaft eine nicht vertragskonforme Dachkonstruktion einbaute. Entgegen dem Verlangen der Bauherrschaft weigerte sich diese, innert der angesetzten Frist den vertraglich vereinbarten Zustand herzustellen. Die Bauherrschaft ordnete Ersatzvornahme durch eine Drittunternehmung auf Kosten der fehlbaren Unternehmung an. Die Dachdeckerunternehmung anerkennt das Vorgehen der Bauherrschaft nicht und hat den Kanton St.Gallen verklagt.

Die zweite Klage wurde durch eine beauftragte Baumeisterunternehmung eingereicht. Diese macht Mehrkosten insbesondere infolge Beststellungsänderungen und Bauablaufstörungen geltend. Diese werden durch die Bauherrschaft vollumfänglich bestritten. Da es aussergerichtlich zu keiner Einigung kam, hat die Bauunternehmung den Kanton St.Gallen verklagt.

Zurzeit laufen diese beiden Gerichtsverfahren und Entscheide dazu stehen noch aus. Da bisher unklar ist, in welchem konkreten Umfang die Urteile das Bauprojekt allenfalls finanziell belasten werden, ist beabsichtigt, dafür eine Rückstellung zu bilden, um allfällige Kostenforderungen aus den Gerichtsurteilen decken zu können. Der finanzielle Abschluss des Neubauvorhabens FHS im Rahmen des bewilligten Kredits (allenfalls unter Beanspruchung eines Teils der Teuerung) ist aber nicht gefährdet.

- 5./6. Der dargelegte voraussichtliche Zeitrahmen für die Erstellung der definitiven Bauabrechnung des Neubauvorhabens FHS ist keineswegs verzögert, sondern entspricht in Anbetracht der Grösse und Komplexität des Vorhabens und der Vielzahl der darin involvierten Stellen durchaus dem Normalfall. Entsprechend bestand bisher seitens der Regierung auch nie ein Bedarf, sich über allfällige Verzögerungen bei der definitiven Bauabrechnung informieren zu lassen, insbesondere auch deshalb nicht, weil mit keinen ausserordentlichen Kosten und einem Abschluss innerhalb des bewilligten Kredits zu rechnen ist. Aus denselben Gründen war es ebenfalls nicht angezeigt, die Öffentlichkeit zu informieren.